Setzweg für sechs Monate Sackgasse

Verkehrsregelung: Eichenbühler Rat beschließt Probebetrieb – Verbotenes Schlupfloch von und nach Neunkirchen

Von unserem Mitarbeiter

SIEGMAR ACKERMANN

EICHENBÜHL. Der Setzweg in Eichenbühl, der von Autofahrern verbotenerweise als »Schlupfloch« von und nach Neunkirchen genutzt wird, wird für das nächste halbe Jahr zur zur Sackgasse. Dies beschloss der Eichenbühler Gemeinderat am Mittwoch bei einer Gegenstimme von Bruno Miltenberger (SPD).

Die neue Verkehrsregelung soll schon in der kommenden Woche mit den notwendigen Beschilderungen in die Tat umgesetzt werden. Nach einer Probephase von sechs Monaten sollen die Anwohner des Setzwegs - nach Willen des Rates nur diese und keine weiteren Hinterlieger aus anderen Wohngebieten wie Wengertsberg und Scheibling zum Erfolg der Regelung und deren Beibehaltung befragt werden. Damit scheint ein Verkehrsproblem, das gut 30 Jahre Gemeinde und Anwohner beschäftigt, zu einem Abschluss zu kommen.

Kein Rechtsabbiegen mehr

Folgende Detailregelungen sind vorgesehen: An der Ausfahrt zur Staatsstraße wird auf Höhe der Treppen am Trieb und zum Scheibling die Ausfahrt durch



Schlupfloch schließt sich: Ab hier wird der Setzweg in Eichenbühl zur Sackgasse. Eine Ausfahrt, auch talwärts, wird verboten.

Foto: Siegmar Ackermann

Verkehrszeichen »Verbot der Einfahrt« vollständig untersagt. Auch das bisher noch mögliche Abbiegen nach rechts hinunter ins Erftal wird unterbunden.

Für Autos wird ein 15 Meter breiter Wendeplatz über das gemeindeeigene Grundstück ermöglicht, das derzeit noch als Privatparkplatz genutzt wird. Für Lastwagen besteht keine Wendemöglichkeit, ein Hinweisschild wird an der Abzweigung Turmweg angebracht.

Nach wie vor bleibt die Einfahrt von der Neunkirchener Höhe her verboten und wird durch Verengung zusätzlich erschwert. Die talseitige Einfahrt ist auch für den Stadtbus weiterhin möglich. Die Kosten wurden auf etwa 1150 Euro kalkuliert. Eine zweite Variante wäre eine vollständige Ausweisung als Einbahnstraße in Richtung Staatsstraße gewesen. Dies war auch die Variante, die das Landratsamt in Abstimmung mit dem Straßenbau-

Wir müssen erst testen und dann die Akzeptanz abfragen. «

Joachim Schmedding, SPD

amt favorisiert hatte. Dem mochten sich die Räte – außer Miltenberger – jedoch nicht anschließen. Zu groß seien die Nachteile für die Anwohner des Setzwegs.

Vorausgegangen war eine umfangreiche Diskussion um viele Detailfragen. Nicht mehr zur Diskussion standen, obwohl vereinzelt angerissen, bereits in der Vergangenheit verworfene Lösungen.

Allen Räten war klar, dass jede getroffene Regelung Vor- und Nachteile nicht nur für die direkten Anwohner habe. Dabei einigten sie sich, diese erst nach der Testphase zu befragen. Zu lange habe man schon Lösungen gesucht. »Wenn wir wieder vorher fragen, ist das Thema wieder nicht vom Tisch«, äußerte Boris Großkinsky (CSU). »Wir müssen erst testen und dann mit tatsächlichen Argumenten und Erfahrungen die Akzeptanz abfragen«, betonte Joachim Schmedding (SPD). Es bringe nichts, weiterhin mit »wäre, wenn und hätte« um das Problem herumzudiskutieren. Dem schloss sich auch Michael Mozin (CSU) an.

Ein Anwohnervorschlag zur Anbringung einer Ampel, die ständig »Rot« anzeigt, mit Grünpfeil nach rechts, um weiterhin talwärts fahren zu können, wurde nach Prüfung durch die Verkehrsbehörde verworfen.

Am Rande der Sitzung waren anwesende Anlieger zumindest froh, dass die Einbahnstraßenvariante vom Tisch ist. Sie hoffen auf eine deutliche Verbesserung der bisherigen Verkehrsprobleme.